Aktuelle Post

aus dem Kreistag (4)



20. November 2026

Sehr geehrte Leser:innen!
Liebe Freund:innen! Liebe Genoss:innen!

Dieses Mal wurden die Kreistagsabgeordneten von protestierenden Beschäftigten empfangen. Anlass war ein Antrag der Grünen und Freien Wähler, der Veränderungen in der Struktur des ZOV (Zweckverbands Oberhessische Versorgungsbetriebe) fordert. Neben durchaus sinnvollen Überlegungen wird mit diesem Antrag aber die Mitbestimmung der Arbeitnehmer:innen angegriffen. Man will statt einer paritätischen Mitbestimmung im Aufsichtsrat nur noch eine Drittelbeteiligung der Beschäftigten zulassen. Stattdessen wollen Grüne und Freie Wähler mehr Vertreter:innen aus den Oppositionsparteien des Kreistags im Aufsichtsrat. Wir haben uns gegen die Beschneidung der Mitbestimmung eingesetzt.
Der Abbau von Arbeitnehmerrechten und die Beschneidung demokratischer und sozialer Rechte sind nicht umsonst derzeit im Zentrum gesellschaftlicher Auseinandersetzungen. Dies sind Grundlagen einer demokratischen Gesellschaft. Die meisten der im Kreistag vertretenen Parteien erklären bei ihren öffentlichen Auftritten, wie nötig die Verteidigung der Demokratie sei. Wenn es konkret wird, sieht das aber leider nicht immer so aus. Wir haben einen Punkt aufgegriffen, der die demokratische Verfasstheit des Wetteraukreises betrifft: Die Anzahl der Kreistagssitzungen hat sich in den vergangenen Jahren von zehn auf sechs verringert. Das bedeutet natürlich auch, dass für Informationen, Meinungsstreit und Meinungsbildung weniger Zeit ist. Klar bedeuten mehr Sitzungen auch mehr Arbeit für die Abgeordneten und die Kreisspitze. Aber klar ist auch: Einer parlamentarischen Demokratie tut das nicht gut!

Darüber berichten wir in der heutigen Ausgabe:

1. Antrag Grüne und Frei Wähler: Veränderungen der Struktur Im ZOV
   Dazu: Änderungsantrag Die Linke.
2. Antrag Die Linke: Keine Verringerung der Anzahl der Kreistagssitzungen
3. Antrag Die Linke: Grundwasserschutz
4. Antrage die Linke: Berliner Appell – Stärkung kommunaler Finanzen einfordern!
5. Antrag der AfD: Den 80. Geburtstag der Hessischen Verfassung feiern (...aber ohne den Inhalt der Verfassung und ohne Antifaschismus)

RÜCKLICHT



Es reicht! Am 26. September 2026 haben Gewerkschaften, Sozialverbände, zahlreiche Vereine und Initiativen zu einer bundesweiten Demonstration aufgerufen. In 15 Städten demonstrierten 170.000 Menschen gegen die Armutsreformen der Regierung. Die Linke Wetterau beteiligte sich mit einem Wetterauer "Block" in Frankfurt. Dort nahmen mindestens 30.000 Menschen an der Demonstration teil.



Auch am 30. Oktober 2026 wurde in Frankfurt demonstriert. 20.000 Menschen – die allermeisten junge Leute – setzten sich für eine Zukunft ohne Krieg ein. Sie wollen mehr Geld für Schulen und Universitäten sowie bezahlbare Wohnungen und Lebenshaltungskosten. In der Presse wurden diese **Gen Z Proteste** stark diffamiert: Es seien gewalttätige Chaoten unterwegs gewesen. Wir erlebten eine friedliche, bunte Demonstration. Am Ende eskalierte eine Gruppe gut trainierter Personen die Situation und schlugen Schaufenster ein. Jeder konnte sehen, dass diese Personen nicht zur Demonstration gehörten. Die Polizei nahm das zum Anlass, die Demo aufzulösen. Die Presseberichte kennen Sie. Die berechtigten Forderungen der Jugendlichen spielten darin kaum noch eine Rolle.



Tarifverhandlungen und Warnstreiks in der Metall- und Elektroindustrie.
Anfang November zeigten auch Kolleginnen und Kollegen aus Wetterauer Betrieben, dass Sie mit dem Minus-Angebot der Arbeitgeber nicht einverstanden sind: 1,3 Prozent mehr Lohn und keinerlei Arbeitsplatzsicherung sind nicht akzeptabel. Die Linke unterstützt die Forderungen der IG-Metall. Wir haben die Belegschaften im Warnstreik besucht und unsere Solidarität gezeigt: Bei Mahle in Wölfersheim, Asco in Gedern und bei den der Batteriebetrieben in Büdingen. Bis Heute gab es keine Einigung im Tarifkonflikt und es wurden weitere Streiks beschlossen.

Antrag Grüne und Freie Wähler: Veränderungen in der Struktur des ZOV (Zweckverband Oberhessische Versorgungsbetriebe) – Änderungsantrag Die Linke

Dieser Antrag hat Kolleg:innen der OVAG, ovag netz GmbH, OVVG und vgo auf den Plan gerufen: Sie protestierten mit ihrer Gewerkschaft ver.di vor dem Kreistag gegen den Versuch, ihre Mitbestimmungsmöglichkeiten zu beschneiden. Wir unterstützen die Beschäftigten.
Die linke Fraktion hat einen Änderungsantrag eingebracht. Wir wollten, dass der entsprechende Passus aus dem Antrag gestrichen wird. Gegen die anderen Vorschläge zur Veränderung der Struktur des ZOV haben wir nichts einzuwenden.
Hier ist der Änderungsantrag zu finden:
https://die-linke-wetterau.de/kein-abbau-der-betrieblichen-mitbestimmung-beim-zov/

Das war unsere Rede:

Herr Kreistagsvorsitzender, meine Damen und Herren,
Liebe Grüne und Freie Wähler,
wir können ja nachvollziehen, dass Sie Änderungen im Zweckverband Oberhessische Versorgungsbetriebe wollen, um ihn kompetent und zukunftsfähig aufzustellen.
Aus der Vergangenheit gibt es ausreichend Beispiele, um eine fachliche Besetzung der Geschäftsführung zu wollen. Und bei klammen kommunalen Kassen kann man auch eine Transparenz bei den Vergütungen einfordern.
Wie gesagt: Das verstehen wir.

Aber warum dafür ausgerechnet die paritätische Beteiligung der Arbeitnehmer:innen geschleift werden soll, verstehen wir nicht!
In einer Zeit der Rechtsentwicklung, in der demokratische Rechte, soziale Rechte und das Arbeitsrecht unter Druck stehen, wollen Sie nur noch eine Drittelvertretung von Arbeitnehmer:innen statt einer Parität. An der Mitbestimmung im Betrieb – dem Ort, an dem wir die meiste Zeit unseres Lebens verbringen – daran misst sich die tatsächliche Demokratisierung eine Gesellschaft. Und diese Mitbestimmung wollen sie schleifen?
Darauf muss man erst mal kommen!
Wie bekommen Sie das eigentlich in Einklang mit Ihrer vielmals vorgetragenen „Verteidigung der Demokratie“?

Und auch Ihre Argumentation in der Antragsbegründung ist sehr seltsam:
Wenn gesetzlich mindestens eine Drittelbeteiligung der Arbeitnehmer:innen festgelegt ist, heißt das ja keinesfalls, dass die Drittelbeteiligung die Obergrenze ist und es keine Parität geben darf!
Eigentlich müssten Sie froh sein, dass mehr Arbeitnehmer:innen im ZOV vertreten sind!
Schauen Sie sich die in der Satzung aufgeführten Aufgaben des ZOV bitte nochmal an!
Da sind überwiegend Punkte aufgeführt, die die Belegschaft stark betreffen:
Zum Beispiel die Ausrichtung und Zukunft der Geschäftszweige im ZOV, die Ausgestaltung und Sicherheit der Arbeitsplätze und damit der Löhne, die Sicherung der gemeinwohlorientierten Tätigkeiten im Zweckverband und mehr…
Das sind Punkte, die Arbeitnehmer:innen stark betreffen und über die sie meist auch gut bescheid

wissen. Wieso hier die Möglichkeit der Mitbestimmung zugunsten einer stärkeren Vertretung von Kommunalpolitikern geschmälert werden sollte, muss man wirklich nicht verstehen! Da gibt es ganz sicher andere Möglichkeiten!

Liebe Grüne und Freie Wähler, den ersten zwei Punkten Ihres Antrags stimmen wir zu. Der dritte Punkt ist gewerkschaftsfeindlich. Deshalb beantragen wir die Streichung!

Den beiden ersten Punkte des Antrags wurde mit großer Mehrheit zugestimmt. Sie beinhalten:
1. Dass die Vorstandsposten zukünftig nicht automatisch mit ehemaligen Kreispolitikern besetzt werden sollen, sondern nach rein fachlicher Kompetenz. Und 2. die Forderung nach Transparenz der Vergütungen und Bezüge der Vorstände und Geschäftsführer.
Punkt 3 war der umstrittene Punkt: Die Linke und die SPD stimmten für unseren Änderungsantrag. Alle anderen waren mit dem Abbau der Mitbestimmung einverstanden.

<u>Antrag Die Linke: Keine Verringerung der Anzahl der Kreistagssitzungen</u>

Einstmals fanden zehn Kreistagssitzungen im Jahr statt. Das wurde sukzessive verringert.
Jetzt finden nur noch sechs Sitzungen statt. Wir sind jetzt nicht besonders erpicht auf mehr Arbeit – Doch weniger Sitzungen und weniger Ausschusssitzungen bedeuten auch weniger Zeit für Informationen und demokratische Kontrolle des Verwaltungshandelns, für Meinungsstreit und Meinungsbildung. Die Tagesordnungen werden immer länger und eine sehr restriktive Redezeitbegrenzung erschweren eine wirkliche Debatte. Bei Anträgen der eigenen Fraktion hat man drei Minuten Redezeit und zu fremden Anträgen nur eine Minute.

Wir haben deshalb diesen Antrag gestellt: „Keine weiterer Abbau der Zahl der Kreistagssitzungen. Für das Jahr 2027 ff. werden wieder – wie in den vergangenen Jahren – sieben Kreistagssitzungen anberaumt."
Das haben wir zur Antragsbegründung gesagt:

Herr Kreistagsvorsitzender, meine Damen und Herren,

auch das ist eine Grundlage einer parlamentarischen Demokratie, dass politische Ziele und Entscheidungen ausführlich diskutiert werden können, dass ausreichend Informationen vorliegen, dass dann eine politische Entscheidung getroffen wird.
Und auch die Umsetzung von Beschlüssen untersteht bei demokratischer Verfasstheit der Kontrolle des Parlaments und kann nicht einfach in die Hände der Verwaltung abgegeben werden!
Es geht ja auch um die politische Kontrolle des Verwaltungshandelns, was in der Hessischen Verfassung als zentraler Baustein des Rechtsstaatsprinzips und der Gewaltenteilung verankert ist.

Meine Damen und Herren, Im Haushalt 2027 /2028 sind sieben Kreistagssitzungen angegeben. Geplant haben sie wieder nur sechs.
Es mag ja sein, dass es für die Verwaltung, den Kreisausschuss und auch die Kreistagsabgeordneten weniger Arbeit und Zeitaufwand ist, nur sechs Kreistagssitzungen mit jeweils sechs dazugehörenden Ausschusssitzungen zu absolvieren. Doch bei einer Reduzierung der

Kreistagssitzungen (von ehemals zehn) auf sechs im Jahr gibt es natürlich weniger Zeit für Information und Diskussion.
Die Fülle der zu behandelnden Themen nimmt ab, denn es ist weniger Zeit vorhanden, alles Anstehende zu behandeln. Es muss eine Priorisierung der Themen vorgenommen werden.
Man konnte das ja auch schön bei der letzten Kreistagssitzung am 16. September sehen.
Weniger Zeit bedeutet aber auch, dass Beschlüsse erst im Kreisausschuss oder in der Verwaltung konkretisiert und zielorientiert ausgestaltet werden.
Ein so gestalteter Konkretisierungsprozeß entwickelt sich allerdings leicht losgelöst von der demokratischen Einflussnahme der Abgeordneten als gewählte Volksvertreter:innen – und unter dem Radar öffentlicher Kontrolle.

Bedeutende Staatstheoretiker haben diesen Prozess bereits kritisch beschrieben: Max Weber, Carl Schmitt, Jürgen Habermas, Helmut Schelsky, Colin Crouch, Jaques Rancière – um nur einige zu nennen.
Auch wenn ihre Ansätze unterschiedlich sind, weisen sie doch alle auf die negativen Auswirkungen dieser Entwicklung hin: *Politik wird auf das **reine Verwalten und Verrechnen** reduziert.*
Der demokratische Streit verschwindet; Parlamente arbeiten der Bürokratie zu und Bürger werden zu passiven Konsumenten.
Die Folge ist eine stark gestiegene Bedeutung von technischen Expertisen und der Verwaltung bei gleichzeitigem Verfall der demokratischen Institutionen und ein Verlust politischer Mitbestimmung – auch wenn dies formal weiterbesteht.
Meine Damen und Herren, eine solche Entwicklung sollten wir im Wetteraukreis nicht mitgehen. Wir sollten die Möglichkeiten der politischen Willensbildung und Mitbestimmung ausweiten statt beschneiden!

Die CDU sprach zu unserem Antrag: Es gebe Kreistage, die nur vier Sitzungen im Jahr machen. Da wären wir noch gut. Und das Heranziehen von Staatstheoretikern und Begründungen für den schwindenden demokratischen Diskurs wolle man nicht für die Wetterau gelten lassen.
Unserem Antrag haben dann Grüne und Freie Wähler zugestimmt. Die AfD hat sich enthalten.
Die Koalition aus SPD und CDU sowie FDP lehnten den Antrag mit ihrer Mehrheit ab.

Antrag Die Linke: Grundwasserschutz – Änderungsantrag der Grünen

Nach diesem extrem trockenen Sommer haben wir jetzt 25 Prozent zu wenig Wasser bei den Grundwasserreserven – obwohl es jetzt wieder öfter regnet. Das bedeutet: Am Grundwasserbestand wird Raubbau betrieben!
Wir haben uns schon öfter für den Schutz und die Regeneration der Grundwasserreserven stark gemacht. Die Mehrheit hat unsere Anträge stets abgelehnt. So auch diesen Antrag: https://die-linke-wetterau.de/antrag-zum-grundwasserschutz/

Wir haben diesen Antrag so begründet:

Herr Kreistagsvorsitzender, meine Damen und Herren,
wenn es hier im Kreistag um Trinkwasser ging, wurde der Grundwasserschutz nicht behandelt.
Es ging dann um die Bereitstellung von ausreichendem Trinkwasser, um die Wasserqualität und es ging um die Einsparung des Trinkwasserverbrauchs in kreiseigenen Liegenschaften.
Jetzt bestreiten wir natürlich nicht, dass dies wichtige Aspekte sind.
Doch wir wollen über diese Sicht aufs Wasser hinausgehen.
Denn hier kommt die Grundlage nicht vor: Der Schutz der Grundwasserreserven.
Bei der Sicherung der Grundwasserreserven wurde bisher immer abgewiegelt: Es sei genug Wasser vorhanden.
Dabei zeigen die heißen und trockenen Sommer in den letzten zehn Jahren, dass die Sicherung der Wasserressourcen immer wichtiger wird.
Dieses Jahr musste selbst die OVAG auf die sinkenden Grundwasserbestände aufmerksam machen.
Die Brunnen waren an ihre Überlastungsgrenzen gestoßen. Die Abgabemengen wurden reduziert.
Bisher gab es lediglich Aufrufe zum Wassersparen. Ohne Konsequenzen.
Doch die Überbeanspruchung der Grundwasserreserven gibt es ja bereits schon länger.
Konsequenzen wären dringend geboten!
Wenn mehr Grundwasser verbraucht wird, als sich nachbildet, nennt man das Raubbau.
Und man muss darüber sprechen, warum Raubbau betrieben wird.
Schnell kommt man dann auf das Thema „Trinkwasserexport".
Die OVAG liefert jährlich rund 20 Millionen Kubikmeter Trinkwasser über Hessenwasser nach Frankfurt bzw. ins Rhein-Main-Gebiet.
Das ist ein gutes Geschäft für die Wetterau.
Doch ist es auch gut für die Grundwasserreserven? Ganz klar NEIN!
Meine Damen und Herren,
in den Klimaschutzberichten des Wetteraukreises ist Wasser nicht wirklich ein Thema.
Doch dem weiteren Raubbau am Grundwasser können wir nicht zuschauen.
Es ist nicht angemessen, einen knappen Absatz zum Wassersparen in kreiseigenen Liegenschaften zu formulieren. Es braucht ein umfassendes Konzept zum Schutz der Grundwasserreserven.
Dazu muss mit den Nachbarkreisen zusammengearbeitet werden.
Die Lieferung von Trinkwasser nach Frankfurt muss eingeschränkt werden.
Es geht nicht an, dass dort eigene Brunnen inaktiv sind aber massenhaft Trinkwasser für Toilettenspülungen und die Bewässerung von Grünanlagen verbraucht wird.
Der Schutz und die Regeneration der Grundwasserreserven muss dringend Thema der Kreispolitik werden!
Deshalb wollen wir ein Konzept zur nachhaltigen Sicherung der Grundwasserreserven.
Wir bitten um Zustimmung zu unserem Antrag!

Die Grünen stellen einen Änderungsantrag: Sie wollen das Regierungspräsidium Darmstadt als zuständige Obere Wasserbehörde für den örtlichen Gewässerschutz in den Ausschuss für Regionalentwicklung, Umwelt und Wirtschaft einladen. Dort soll über den Stand der Maßnahmen zum Grundwasserschutz berichtet werden. Wir haben dem Antrag der Grünen zugestimmt.

Doch leider sehen die anderen Fraktionen gar keine Notwendigkeit, dass sich der Wetterankreis für den Schutz der Grundwasserreserven engagiert. Man zieht sich auf eine rein formale Position zurück: Wir sind nicht zuständig. Die Kommunen sind zuständig. Doch die Kommunen sind für die Bereitstellung qualitativ guten Trinkwassers zuständig. Und da beißt sich die Katze in den Schwanz.

Antrag Die Linke: Stärkung der kommunalen Finanzen einfordern – Berliner Appell

Wir haben das Folgende beantragt:

„**Der Kreistag möge beschließen:**
1. Der Wetterauer Kreistag begrüßt den „Berliner Appell", der am 8. Juni diesen Jahres von der Mitgliederversammlung des Deutschen Landkreistages gefasst wurde.
2. Der Kreisausschuss des Wetteraukreises macht mit seiner Öffentlichkeitsarbeit den „Berliner Appell" bekannt und wirbt für seine Ziele – insbesondere für eine sofort wirksame Überbrückung des kommunalen Rekorddefizits von über 30 Milliarden Euro durch den Bund mittels einer befristeten Anhebung des kommunalen Anteils an der Umsatzsteuer um 10 Prozentpunkte. Und für die strikte Einhaltung des Konnexitätsprinzips (sofort und nicht später oder teilweise oder mit befristeten Fördergeldern), wenn Bund und Land neue Aufgaben beschließen oder Standards erhöhen.
Die Kreisspitze nutzt ihre öffentlichen Auftritte zur Werbung für die Ziele des „Berliner Appells".
3. Der Kreisausschuss des Wetteraukreises veröffentlicht den Berliner Appell auf seiner Homepage an prominenter Stelle.

Begründung:
Erneut schließt der Haushalt des Wetteraukreises mit einem deutlichen Defizit ab. Obwohl sparsam mit den Mitteln umgegangen wird und inzwischen Rücklagen aufgebraucht sind, ist eine Verbesserung der Finanzsituation nicht absehbar. Eine weitere Abwälzung der Kosten mittels der Kreis- und Schulumlage schränkt die Kreiskommunen finanziell immer mehr ein und hat jetzt schon einige an den finanziellen Abgrund gebracht. Diese fragwürdige Taktik kann nicht endlos fortgesetzt werden.
Auch sind Kürzungen von sozialen Unterstützungen und damit ein Anstieg von Privatisierungen und Armut keine zukunftsfähige Perspektive. Soziale Rechte auf dem Papier statt verlässlicher Leistungen in der Realität erschüttern den gesetzlich festgeschriebenen Sozialstaat ebenso, wie die zunehmend eingeforderte Kostenbeteiligung betroffener Menschen in zentralen Bereichen, wie Bildung, Gesundheitswesen oder Pflege. Das verschärft die soziale Spaltung, mindert die Chancen von Jugendlichen aus einkommensschwächeren Schichten, erschwert den Zugang zu medizinischer Versorgung und erhöht die Zahl armer Menschen.
Der „Berliner Appell" enthält wichtige Eckpunkte zur Verbesserung der kommunalen Finanzsituation. Die Parteien der Koalition im Kreistag sind in gleicher Koalition auch in Land und Bund für die Politik verantwortlich. Es ist Zeit, sich auch in den eigenen Reihen für eine Kursänderung stark zu machen: Kommunalpolitiker:innen sollten eine starke Interessenvertretung für ihre Kommunen sein!

Die Linke. Kreistagsfraktion unterstützt den „Berliner Appell“, obwohl wir das Fehlen zentraler Finanzierungsmöglichkeiten, wie die Beschränkung der Rüstungsausgaben auf die im Grundgesetz festgelegte Verteidigungsfähigkeit und die Einführung einer Vermögenssteuer äußerst kritisch sehen.“

Der Antrag wurde abgelehnt. Mit der abenteuerlichen Begründung, man müsse den Beschluss der Mitgliederversammlung des Landkreistages nicht öffentlichkeitswirksam betreiben. Es reiche, dass der Beschluss einstimmig gefasst wurde.
Die Grünen unterstützen den Antragspunkt 3, dass der Beschluss auf die Homepage des Wetteraukreises veröffentlicht wird. Auch das lehnte die Mehrheit ab.
Hier ist der Berliner Appell zu finden:
https://www.landkreistag.de/images/stories/pdf/Berliner_Appell.pdf

Antrag der AfD: Den 80. Geburtstag der Hessischen Verfassung feiern

Come on AfD: Hier habt ihr wieder einen Absatz gegen eure bürgerlich daherkommende rechte Politik. Zweimal habt ihr uns schon abgemahnt. Na? Was ist?

Die AfD will, dass der Geburtstag der Hessischen Verfassung mit einer Ausstellung des „Neuen Königsteiner Kreises“ gefeiert wird. Der Kreis soll diese Ausstellung kaufen, an einem Bauzaun aufhängen und/oder im Kreishaus eine Dauerausstellung aushängen.
Der Antrag wurde auch von den anderen Fraktionen abgelehnt. Doch leider nicht mit besonders stichhaltigen inhaltlichen Begründungen, sondern eher formal.
Nicht besonders verwunderlich, denn es gibt nicht nur bei der CDU eine offen rechte Flanke.
Die rechten Kräfte in den Parteien wollen auch den antifaschistischen Charakter der Hessischen Verfassung schleifen. Und genau darum geht es bei diesem Antrag der AfD.
Das war unsere Rede:

Herr Kreistagsvorsitzender, meine Damen und Herren,
Die Hessische Verfassung atmet einen sozialdemokratisch-sozialistischen Geist. Darin sind zum Beispiel verankert:
das Friedensgebot, Recht auf Arbeit, Vergesellschaftung von Schlüsselindustrien, Recht auf Bildung, der Aufruf zum Widerstand bei Verfassungsbruch.

Warum will jetzt ausgerechnet die AfD diese Verfassung feiern?
Etwas Recherche zu diesem Neuen Königsteiner Kreis ist da durchaus hilfreich: Das ist die Nachfolgeorganisation einer illustren Ansammlung von pro kapitalistisch und rechts eingestellten DDR-Flüchtlingen, die alles daran setzten, eine konsequent antifaschistische Entwicklung in der Bundesrepublik zu unterlaufen.
Und diese Nachfolgeorganisation hat nun eine Ausstellung erstellt, in der alle sozialdemokratisch-sozialistischen Bestandteile der hessischen Verfassung konsequent weggelassen werden. Die Hessische Verfassung wird dort nicht als Lehre aus dem deutschen Faschismus dargestellt und nimmt keinerlei Bezug auf die Ursachen von Faschismus und Krieg.

Es ist eine Ausstellung, die den antifaschistischen Charakter der hessischen Verfassung eliminieren will. Diesem Antrag können Demokraten nicht zuzustimmen!



Zuletzt noch eine Bitte: Empfehlen Sie / empfehlt die „aktuelle Post“ weiter! Wenn interessierte Menschen die „aktuelle Post“ lesen möchten, kann sie unter info@die-linke-wetterau.de bestellt (oder auch abbestellt) werden. Auf der Homepage „DIE LINKE Wetterau“ https://www.die-linke-wetterau.de/content/kreistag/post-aus-dem-kreistag.html ist die „aktuelle Post“ ebenfalls zu finden.

Viele Grüße von Gabi Faulhaber, Julian Eder, Anja ElFechtali und Hanna Zimowski